



Ausschuss für Digitalisierung und Innovation

62. Sitzung (öffentlich)

20. Januar 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:32 Uhr bis 16:35 Uhr

Vorsitz: Thorsten Schick (CDU)

Protokoll: Vanessa Kriele

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

„Digitale Zivilgesellschaft“ in NRW

3

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5888

Stellungnahme 17/4670
Stellungnahme 17/4754
Stellungnahme 17/4770

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

* * *

„Digitale Zivilgesellschaft“ in NRW

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5888

Stellungnahme 17/4670
Stellungnahme 17/4754
Stellungnahme 17/4770

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

Vorsitzender Thorsten Schick: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind schon etwas über die Zeit. Bei der uns insgesamt zur Verfügung stehenden Zeit müssen wir aber auch nicht unnötig hetzen. Ich begrüße Sie alle sehr, sehr herzlich zur heutigen Sitzung des 62. Ausschusses für Digitalisierung und Innovation.

Zum neuen Jahr wünsche ich Ihnen alles Gute und vor allen Dingen natürlich Gesundheit. Mit Blick auf die Gesundheit befinden wir uns heute nicht in größerer Runde, sondern haben uns – das haben Sie alle mitbekommen – darauf verständigt, in Fraktionsstärke abzustimmen bzw. zu tagen. Traditionell kommen dann die Sprecher der einzelnen Fraktionen zusammen.

Ich begrüße die Vertreterinnen und Vertreter der Medien und die weiteren Zuschauerinnen und Zuschauer, die live zugeschaltet sind, die Sitzungsdokumentation und natürlich ganz besonders die Sachverständigen.

Diese Sitzung wird live gestreamt und aufgezeichnet. Mit Ihrer Teilnahme erklären Sie sich automatisch damit einverstanden. Weitere Ton- und Bildaufnahmen sind nicht gestattet.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung 17/2181 rechtzeitig zugegangen. Gibt es Änderungswünsche zu dieser Tagesordnung? – Wie zu erwarten war, ist das nicht der Fall. Dann eröffne ich nun die Anhörung zur Vorlage 17/5888 „Digitale Zivilgesellschaft“ in NRW“.

Ich verweise auf eine weitere aktuell eingegangene Vorlage zu diesem Thema. Die Vorlage 17/6291 liegt sowohl den Ausschussmitgliedern als auch den Sachverständigen vor. Sie ist allerdings – darauf weise ich ausdrücklich hin – nicht Gegenstand dieser Anhörung.

Die Sachverständigen habe ich zwar pauschal schon begrüßt, ich werde das aber in der Reihenfolge des Tableaus noch einmal im Einzelnen tun.

Ich beginne mit der Konrad-Adenauer-Stiftung, vertreten durch Herrn Tobias Montag, gefolgt von der SOCIAL POINTS gemeinnützige GmbH, vertreten durch Herrn Frank von Fraunberg, Superr Lab, vertreten durch Frau Elisa Lindinger und Frau Julia Kloiber, sowie das Offene Kommunen.NRW Institut, vertreten durch Herrn Damian Paderda. Vier der Sachverständigen sind per Video zugeschaltet. Ich freue mich, dass Sie dem Ausschuss heute für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung stehen.

Die eingegangenen Stellungnahmen – ich bedanke mich für die Fleißarbeit – dürfen Sie als bekannt voraussetzen. Wie üblich fangen wir daher nicht mit langen Eingangstatements der Sachverständigen an, sondern unsere Sprecher haben die Messer bereits gewetzt und werden Sie und Ihre Stellungnahmen entsprechend filetieren. Wer möchte heute den ersten Schnitt machen? – Frau Kampmann, bitte.

Christina Kampmann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Von „filetieren“ kann gar keine Rede sein. Dies gilt nur hier innerhalb des Ausschusses, ansonsten gehen wir immer fair mit allen um.

Frau Lindinger und Frau Kloiber, Sie haben in Ihrer Stellungnahme vor allem vier Forderungen dazu genannt, wie eine digital souveräne Gesellschaft aussehen sollte. Inwieweit wird Digitalpolitik aus Nordrhein-Westfalen diesen Forderungen aus Ihrer Sicht gerecht? Wo besteht der größte Nachholbedarf?

Bei der Digitalpolitik kommt es Ihnen zufolge gar nicht so sehr auf Strukturen, sondern auf die digitalen Missionen an. Es braucht aus Ihrer Sicht – wenn ich es richtig verstanden habe – zum Beispiel nicht zwingend ein Digitalministerium. Trotzdem möchte ich fragen: Welche Strukturen könnten aus Ihrer Perspektive einen unterstützenden Beitrag leisten, damit diese Digitalmission am Ende auch gelingt?

Herr Montag von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sie haben eine sehr ausführliche Stellungnahme abgegeben. Darin schreiben Sie, es sei Aufgabe des Staates, Rahmenbedingungen zu setzen, unter denen sich freiwilliges Engagement und damit auch freiwilliges digitales Engagement entfalten kann. Dazu gehört aus Ihrer Sicht auch der in der Landeskompetenz liegende Schutz engagierter Menschen, wenn es zum Beispiel um Projekte, bei denen es zu extremistischen Anfeindungen kommt, um Androhung von Gewalt oder um Radikalisierung im Internet geht.

Laut Ihrer Stellungnahme ist dieser Schutz für die digitale Zivilgesellschaft ganz wesentlich. Tut die Landesregierung genug, um ihn zu gewährleisten? Was können wir vielleicht auch mit Blick auf die nächste Legislaturperiode tun, um diesem aus meiner Sicht sehr wichtigen Argument wirklich Rechnung zu tragen?

Sven Werner Tritschler (AfD): Auch von unserer Seite vielen Dank für die Stellungnahmen, meine Damen und Herren.

Herr Montag, Sie hatten in Ihrer Stellungnahme problematisiert, dass zwar nur ein kleiner, elitärer Bildungsbürgeranteil die digitale Zivilgesellschaft quasi ausmacht, dieser aber einen Alleinvertretungsanspruch hat. Können Sie das noch mal ein bisschen ausführen?

Die zweite und dritte Frage geht an die Damen von Superr Lab.

Zum einen sprechen Sie an, dass es bei der staatlichen Förderung eine verbindliche Diversitätsförderung geben soll. Wie stellen Sie sich das genau vor – in Form von Quotenregelungen? Wäre es im internationalen Vergleich kein Standortnachteil, wenn bei Personalentscheidungen nicht die Qualifikation sondern andere Kriterien eine Rolle spielten?

Ansonsten setzen Sie sich auch sehr für staatlich geförderte Public Goods ein. Libre-Office wird als positives Beispiel angesprochen. Sehen Sie darin eine Problematik gegenüber privaten Anbietern, die damit im Wettbewerb stehen und demgegenüber Marktanteile sowie entsprechend auch Einnahmen verlieren?

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE): Aus Sicht der grünen Fraktion erst einmal einen ganz herzlichen Dank an die Sachverständigen für die eingereichten Stellungnahmen.

Frau Lindinger und Frau Kloiber, das Thema „Digitalisierung und ökologische Nachhaltigkeit“ bewegt uns inzwischen in breiten Teilen der Debatte. Welche Punkte sind für Sie dabei von ganz besonders entscheidender Bedeutung? Welche Rolle spielt die digitale Zivilgesellschaft bei deren Umsetzung?

Herr von Fraunberg, Sie bemängeln, dass es zurzeit keine Programme für den Bereich „Social Entrepreneurship“ in NRW gibt. Was würden Sie sich diesbezüglich wünschen?

Herr Damian Paderta, wir diskutieren schon viele Jahre über die Gestaltung der Digitalisierung auf kommunaler Ebene. Das Thema beschäftigt Sie beim Offene Kommunen.NRW Institut sehr stark. Ich hatte auch einige Male die Gelegenheit, bei den Konferenzen und Veranstaltungen zugegen zu sein. Was sind aus Ihrer Sicht Stand heute die großen Herausforderungen? Wie schafft man es, dass Kommunalverwaltungen noch inklusiver handeln, indem sie noch stärker Impulse aus der Zivilgesellschaft aufnehmen?

Rainer Matheisen (FDP): Auch von der FDP-Fraktion vielen herzlichen Dank an alle Sachverständigen für Ihre Stellungnahmen und für die Zeit, die Sie sich heute hier nehmen, ob im Stream oder vor Ort.

Herr von Fraunberg, zivilgesellschaftliches Engagement erfolgt sowohl analog als auch digital. Wie hat sich die Digitalisierung Ihrem Eindruck zufolge bisher auf das zivilgesellschaftliche Engagement ausgewirkt? Welches weitere Potenzial besteht für Menschen, passende Vereine zu finden, und für Vereine, freiwillige Unterstützer zu gewinnen? Was muss konkret passieren, um dieses Potenzial zu heben?

Frau Kloiber und Frau Lindinger, in Ihrer Stellungnahme fordern Sie eine verbindliche Zivilgesellschaftsquote in Beratungsgremien und bei der Ausarbeitung von Gesetzesvorschlägen. Allerdings handelt es sich bei der Zivilgesellschaft nicht um eine Organisation, sondern um eine Vielzahl von Organisationen und Vereinen, die auch unterschiedlich viele Menschen vertreten und einen unterschiedlich hohen Organisationsgrad aufweisen. Sehen Sie bei einer Zielgesellschaftsquote nicht die Gefahr, dass davon nur sehr gut organisierte Partikularinteressen profitieren, welche dann übermäßig viel Einfluss gewinnen?

Florian Braun (CDU): Vielen Dank an alle beteiligten Sachverständigen für die Arbeit im Vorfeld und die Zeit, die Sie uns heute einräumen.

Herr Montag, Sie haben in Ihrer Stellungnahme die Ungenauigkeit des Begriffs der digitalen Zivilgesellschaft herausgearbeitet. Dieser ist durchaus unterschiedlich zu

interpretieren. Das finde ich sehr interessant. Können Sie im Zusammenhang der Debatte rund um die Mechanismen der Einflussnahme auf unsere Demokratie noch einmal darauf eingehen, wo Sie Chancen und Gefahren sehen? Wo müsste man Vorsicht walten lassen? Wie kann man diese Debatte sinnvoll prägen, um Nutzen daraus zu ziehen und das zu vermeiden, was Sie als „potenziell spalterisch“ beschrieben haben?

Herr Paderta, meines Wissens sind Sie über Offene Kommunen.NRW auch an dem Arbeitskreis Open Government beteiligt. Könnten Sie bitte Einblicke in die dortige Arbeit geben?

Frau Lindinger und Frau Kloiber, wie ich Ihrer Stellungnahme entnehme, sehen Sie die Digitalisierung in erster Linie mit Bezug auf die sozialen, gesellschaftlichen Themen „Gerechtigkeit“, „Solidarität“ und „Teilhabe“. Es ist vielleicht etwas spitz gefragt: Welchen Platz nehmen Ihrer Ansicht nach die Themen „Wirtschaft“ und „Wohlstand“ beim Prozess der Digitalisierung im gesellschaftlichen Kontext ein?

Vorsitzender Thorsten Schick: Ich bedanke mich bei den Fragestellern und rufe die Sachverständigen in der umgekehrten Reihenfolge des Tableaus auf. Herr Damian Paderta darf anfangen, und wir arbeiten uns von unten nach oben durch. – Bitte schön.

Damian Paderta (Offene Kommunen.NRW Institut e. V. [per Video zugeschaltet]): Vielen Dank für die Einladung. – Ich bin Damian Paderta vom Offene Kommunen.NRW Institut. Wir beschäftigen uns vornehmlich mit Fragen des Open Governments und versuchen, Gesellschaft zwischen Verwaltungsinnovatoren und -innovatorinnen, der Community und den Bürgerinnen herzustellen, die sich für Transparenz und vor allem für eine digitalisiertere Kommune einsetzen.

Das Ganze erfolgt relativ wertebasiert. Nicht die Technik steht im Vordergrund, sondern es geht vor allem darum, die Vorhaben, die Transformation der Gesellschaft im Bereich der Digitalisierung voranzutreiben. Das beschreibt unser Feld ungefähr.

Gefragt wurde nach dem Stand der Digitalisierung, den Herausforderungen auf kommunaler Ebene und danach, wie das Ganze inklusiver gestaltet wird.

Zunächst zum Stand der Dinge, was die Zivilgesellschaft in digitalen Themen angeht. Die Anzahl der Personen, die sich in diesen Kreisen bewegen und aktiv sind, also der technikaffinen engagierten Ehrenamtlichen, ist nicht besonders groß. Die Anzahl der Personen pro Kommune, insbesondere derer, die längere Zeit und nachhaltig aktiv sind, lässt sich meistens an zwei Händen abzählen.

Man kann das einerseits als sehr elitär betrachten, andererseits ist es sehr schwierig, die Beschäftigung der Menschen mit Themen, die sie eigentlich nur indirekt betreffen, über Jahre oder Jahrzehnte hin am Leben zu erhalten. Ich will darauf hinaus, dass digitales Ehrenamt besonders, aber nicht nur von Technikaffinen erst einmal denselben Stellenwert wie zum Beispiel Sport oder – was noch viel besser passen würde – die freiwillige Feuerwehr bräuchte.

Die freiwillige Feuerwehr ist Bestandteil einer Ehrenamtslandschaft, die aus Deutschland nicht mehr wegzudenken ist. Durch den zunehmenden Grad der Digitalisierung

und dessen Auswirkungen werden wir denselben Stellenwert für das digitale Ehrenamt brauchen. Wir benötigen – um es an einem konkreten Beispiel festzumachen, etwa bei Freifunk, das jedem bekannt sein dürfte – Unterstützung, Förderung und Strukturen, die einen ähnlichen Stellenwert haben, wie das Ehrenamt im Sport, in kulturellen Zusammenhängen oder die freiwillige Feuerwehr. Die Feuerwehr passt am besten, weil es uns hier um digitale Infrastrukturen geht.

Wenn wir von dieser Perspektive ausgehen und diese auf die Bedürfnisse im digitalem Ehrenamt übertragen, sammeln wir ganz neue Erfahrungen und geben den Menschen, die sich dort engagieren, die notwendige Plattform sowie hoffentlich die notwendige Unterstützung. Natürlich ist es nicht eins zu eins übertragbar, weil sich viele dieser ehrenamtlichen Tätigkeiten nicht so einfach abbilden lassen, wie zum Beispiel die freiwillige Feuerwehr, sondern es müssen andere Formate her.

Ein großes Missverständnis bezüglich der sogenannten „digitalen Gesellschaft“ lautet, es spiele sich alles im Digitalen ab. Das ist per se falsch und eine Irreführung, weil viele der ehrenamtlichen, lokal- also stadtwirksamen Dinge einen Ort, eine Zusammenkunft und eine Vor-Ort-Gesellschaft brauchen. Deren Entstehen ist maßgeblich wichtig für die Vertrauensbildung von Communities und Gemeinschaften, die sich dann sehr wohl im Digitalen organisieren und auch digital wirken.

Sie haben aber vor allem in dem Kontext, in dem wir arbeiten, einen lokalen Bezug zu Menschen aus der Verwaltung, zu Unternehmen, möglicherweise auch zu Wissenschaftsbetrieben oder Kultureinrichtungen. Sie sind verortet. Ohne diese Vertrauensbildung findet engagierte Ehrenamtlichkeit selten statt, weil sie bei Institutionen dann eben nicht auf Vertrauen stoßen könnten. Institutionen tun sich verdammt schwer damit, freie Akteure, die sich vor allem in der digitalen Zivilgesellschaft bewegen, überhaupt anzunehmen.

Manche dieser Netzwerke bzw. Initiativen haben gar keine feste Struktur, wie sie etwa ein e. V. aufweist. Es handelt sich um eine allgemeine Entwicklung und nicht nur um eine der sogenannten „digitalen Zivilgesellschaft“, dass Institutionen oder Gebilde wie eingetragene Vereine vor allem für Jüngere nicht immer besonders attraktiv sind.

Netzwerkgruppen können sich schnell formieren, aber auch schnell wieder zusammenfallen. Um dem Ganzen Nachhaltigkeit zu geben, brauchen wir andere Institutionen, die diese Netzwerke verstehen, dies weitergeben und auch Schnittstellen zur Verwaltung vor Ort bilden.

Kommunen – um darauf zurückzukommen – benötigen vor Ort einerseits Übersetzer in Richtung von Gemeinschaften von Technikinteressierten und Technikaffinen, die sich mit diesen Themen auseinandersetzen, und auf der anderen Seite die Rückkopplung von Menschen in der Verwaltung, in der Stadt, die verstehen wollen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Letztere engagieren sich bisher stärker, als es ihr Beruf hergibt.

Diejenigen, die Teil unserer Community sind und zum Beispiel in der Verwaltung bzw. in Behörden arbeiten, machen das selber ehrenamtlich. Das sind – wie Sie sich vorstellen können – sehr wenige Menschen, und auf diese kommt es an.

Es geht weniger um Papiere, Dekrete, Regelungen etc., sondern immer um die Stärkung der Menschen, die schon vor Ort sind, die schon in der Community handeln und in ihrer Freizeit mit dieser zusammenarbeiten. Diese wenigen Personen können selbst in größeren Städten an einer Hand abgezählt werden, wenn sie denn überhaupt vorhanden sind.

Mehr noch als größere Strukturen braucht es hier die Unterstützung des Vorhandenen. Das Schlagwort heißt: „Vorhandenes stärken, statt neue Thinktanks, neue Hubs und Labs auf grüner Wiese zu gründen.“ Letzteres hat aus meiner bzw. unserer Sicht wenig Nachhaltigkeit, dafür ist aber viel Geld da. Dagegen steht relativ wenig an Förderung und Möglichkeiten für vorhandenes Engagement bereit, das viel geringere Fördersummen erfordert.

Dieses Engagement ist meiner Meinung nach wertvoller als sechsstellige Fördersummen. Fördern Sie diejenigen Personen, die bereits in den Kommunen, an den Schnittstellen zum digitalen Ehrenamt aktiv und Teil der digitalen Zivilgesellschaft sind, die das aber bisher meistens on top in ihrer Freizeit machen.

Wir brauchen innerhalb der Kommunen das Verständnis für Prozesse der sogenannten „digitalen Zivilgesellschaft“. Diese sind immer personenbezogen und nicht unbedingt mit einzelnen Posten zu versehen. Wir haben zum Glück Akteure, aber es sind wenige. Wir genießen in NRW im Vergleich zu anderen Bundesländern zwar den Vorteil, über sehr viele dieser Akteure zu verfügen, das gilt aber nur im Vergleich.

Unser Zusammenwirken steht auf tönernen Füßen, weil es eben eine relativ geringe Anzahl von Personen ist, ohne die viele Aktivitäten, die sich erst Jahre später in solchen Formaten oder Strategien wie der Digitalstrategie wiederfinden, nicht stattfinden würden. Alle diese Ergebnisse haben einen großen Vorlauf, und wir verlieren gerade viele dieser Personen bzw. deren Engagement grenzt sich so stark ein, dass es nicht ohne Weiteres durch andere Personen aufgefangen werden kann.

Wir möchten an dieser Stelle den Impuls geben und die Bitte äußern, Vorhandenes zu stärken und sich nicht wieder Dinge auf der grünen Wiese, keine neuen Thinktanks oder Labs einfallen zu lassen– so sexy diese Wörter auch klingen mögen. Es geht darum, bestehende Gemeinschaften und einzelne Personen, die bereits in den verantwortlichen Positionen handeln, zu stärken. Das ist unser großes Anliegen.

Elisa Lindinger (Superrr Lab [per Video zugeschaltet]): Wir sind als Vertreterinnen von Superrr Lab aber auch als Initiatorinnen der Initiative „Digitale Zivilgesellschaft“ hier, die gemeinschaftlich aus der digitalen Zivilgesellschaft heraus die vier Forderungen formuliert hat, die Frau Kampmann gerade schon zitiert hat. Ich möchte auch gleich einsteigen: Die vier Forderungen sind ein explizites Gesprächsangebot an alle politischen Entscheidungsträger*innen.

Deswegen finde ich es schön, noch einmal kurz rekapitulieren zu können, wo denn Luft nach oben ist. Ich möchte Nordrhein-Westfalen gar nicht als Einzelnes herausstellen. Aber natürlich warten wir auf ein Bundesland bzw. eine Entscheidungsebene, die sich traut, dort mit Mut voranzuschreiten und diesen Forderungen zu begegnen.

Wir sehen zwei ganz zentrale Lücken, die es zu füllen gilt, damit die digitale Zivilgesellschaft und ihr Engagement überhaupt wirklich wirken können.

Erstens. Es ist von außen wirklich unglaublich schwer, zu erkennen, wann und wie politische Entscheidungen gefällt werden, wie solche Entscheidungsprozesse ablaufen. Wir plädieren für viel mehr Transparenz – das ist auch eine unserer Forderungen –, für ausreichende Fristen bei Konsultationsverfahren, Klarheit bezüglich der Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, der Themen und darüber, wann wie und wo diese besprochen werden. Nur dann können sich zivilgesellschaftliche Organisationen nämlich austauschen und ihre Meinung und Expertise qualitativ hochwertig einbringen.

Zweitens. Die Zivilgesellschaft wird in politischen Papieren gerne genannt – in der Regel im Schlusswort und in der Einleitung. Auch die Digitalstrategie 2.0, die heute zwar nicht Gegenstand der Besprechung sein soll, die wir uns aber aus Interesse angeguckt haben, ist diesbezüglich kein Ausnahmefall: Hundertmal werden die Begriffe „Zivilgesellschaft“ und „Wirtschaft“ genannt, allerdings entfallen von diesen 100 Nennungen 98 auf den Begriff „Wirtschaft“ und nur zwei auf den der „Zivilgesellschaft“.

Das illustriert ganz gut, weshalb wir uns für mehr Parität in diesen Verfahren und Gremien einsetzen. Die Parität ist nämlich nicht annähernd gegeben. Hier müssen wir wirklich dringend voranschreiten, um überhaupt einmal gemeinsam ins Gespräch zu kommen.

Julia Kloiber (Superr Lab [per Video zugeschaltet]): Ich würde die zweite Frage von Frau Kampmann zu den Strukturen übernehmen. Zunächst möchte ich eins vorausschicken: Man sollte Strukturen nicht um der Strukturen willen entwickeln und entwerfen, sondern sich anschauen, was es schon gibt und wie man bestehende Strukturen besser auf die Bedarfe und Bedürfnisse der einzelnen Akteure anpassen kann.

Auf Bundesebene gab es zum Beispiel im letzten oder vorletzten Jahr ein IT-Sicherheitsgesetz, bei dem die Kommentierungsfrist für 300 Seiten bei 24 Stunden lag. Das wahrscheinlich ist sogar für große Wirtschaftsverbände schwierig, für eine zivilgesellschaftliche Organisation, die mit vielen Ehrenamtlichen arbeitet, aber einfach nicht möglich. Wie kann man also bestehende partizipative Strukturen so anpassen, dass eine Partizipation tatsächlich möglich wird?

In der Digitalstrategie schreiben Sie, es gebe einen Beirat Digitale Wirtschaft. Man könnte darüber nachdenken, warum es keinen Beirat Digitale Zivilgesellschaft gibt. Warum sind diese Interessen außen vor? Man könnte sich in diesem Zusammenhang eine spannende Struktur bzw. eine Erweiterung der Struktur überlegen.

Zur Diversität. Wir wollen Diversität fördern und haben das gerade im Bereich der Förderung aufgegriffen. Vielleicht haben einige von Ihnen es mitverfolgt: Letzte Woche hat Alexandra Geese von den Grünen im Europaparlament getwittert, dass nur 1 % der europäischen Start-up-Förderung an Start-ups geht, die von rein weiblichen Teams gegründet wurden und geführt werden. 99 % der Förderungen gehen an Teams von Start-ups, die von Männern gegründet wurden.

Da liegt ein extremes Ungleichgewicht. Gerade bei der Vergabe von öffentlichen Geldern, bei Steuergeldern, muss man da genau hingucken und sich unserer Meinung

nach auch bestimmte Quoten dafür setzen, an wen diese Förderungen vergeben werden. Eine Geschlechterquote wäre ein mögliches Einfallstor, weil man ansonsten – rein aus einer Innovationsperspektive betrachtet – die Innovationskraft der Hälfte der Gesellschaft gar nicht fördert bzw. nicht mit auf dem Schirm hat.

Gerade bei digitalen Fördervorhaben wie dem High-Tech Gründerfonds – der ist auf Bundesebene angesiedelt, aber ich nehme an, es gibt vergleichbare Fonds im Bereich KI auf Landesebene – sollte erhoben werden, an wen diese Förderungen vergeben werden und wie es um die Geschlechterquote gestellt ist.

Elisa Lindinger (Superr Lab *[per Video zugeschaltet]*): Zur Frage zu „Public Money? – Public Good!“. Das Narrativ, auf Open Source seien keine Wirtschaftsmodelle zu begründen, hält sich nachhaltig. Einige Unternehmen – gerade auch in Deutschland; in unserem Wirtschaftsraum – sind damit jedoch sehr erfolgreich. Um LibreOffice herum gibt es diverse Anbieter. Es gibt auch Mixcloud. Ich will hier gar keine Produktwerbung betreiben, aber es existieren einige ganz gut funktionierende Ökosysteme.

Das Gegenteil des oben genannten Narratives ist der Fall. Wenn wir uns auf einen proprietären Anbieter festlegen, versenken wir Steuergelder, sind aber letzten Endes von diesem einen Anbieter mit seiner proprietären Softwarelösung abhängig oder müssen einen ausgesprochen ressourcen- und zeitintensiven Umzug von einer Lösung zur anderen vollziehen. Es ist gerade der Sinn hinter „Public Money? – Public Good!“, diese Abhängigkeit aufzulösen und gleichzeitig vielen Playern tatsächlich eine Teilhabe am Markt zu ermöglichen und damit dort für mehr Innovation zu sorgen.

Wenn wir über Ökosysteme sprechen, geht es immer auch um Nachhaltigkeit. Deswegen möchte ich damit gleich weitermachen. Wie können Digitalisierung und Nachhaltigkeit zusammenpassen? Uns ist vor allem eins ein Dorn im Auge: Im Technologie- und Digitaldiskurs sprechen wir ganz oft über Spitzentechnologie und über Innovation um ihrer selbst willen. Dieses Narrativ müssen wir ganz stark hinterfragen, damit Digitalisierung auch nachhaltig gestaltet werden kann.

Das bedeutet, Technologie nicht nur für sich zu sehen, sondern sie in den gesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Kontext einzubetten und zu fragen: Was bedeutet es denn unterm Strich, wenn wir eine neue Technologie einsetzen bzw. befördern? Dies kritisch zu hinterfragen und gesellschaftliche Technikfolgenabschätzung zu betreiben, ist uns wirklich ein Anliegen.

Julia Kloiber (Superr Lab *[per Video zugeschaltet]*): Abschließend noch zur Frage der FDP, ob eine Zivilgesellschaftsquote dazu führt, dass gut organisierte Partikularinteressen vertreten werden. Genau das Gegenteil ist der Fall. Die Initiative „Digitale Zivilgesellschaft“ wurde von über 80 Organisationen aus Deutschland und von ein paar aus Europa unterzeichnet, die sich auf diese Forderungen geeinigt haben.

Gerade im digitalen Bereich bezieht sich Zivilgesellschaft sehr häufig auf Grundrechte, auf Menschenrechte, auf Interessen, die häufig einfach nicht vertreten sind oder nicht per se im Zentrum stehen. Auf europäischer Ebene hat zum Beispiel gerade eine

Initiative rund um den AI Act darauf verwiesen, dass man sich viel stärker auf Menschenrechte fokussieren bzw. diese ins Zentrum rücken muss.

Es würden also keine Partikularinteressen ins Zentrum gerückt, sondern man würde sich wieder viel stärker auf Grund- und Menschenrechte beziehen, wenn man gemeinwohlorientierte Digitalisierung bzw. Digitalisierung für die Gesellschaft umsetzen will. Die Perspektive der Wissenschaft und der Wirtschaft würde um eine sehr wichtige gesellschaftliche Perspektive ergänzt.

Aus unserer Erfahrung mit der Initiative „Digitale Zivilgesellschaft“ heraus würde ich davon ausgehen, dass man sich mit dieser entsprechend der unterschiedlichen Größen auf Vertretern und Vertreterinnen einigen könnte, die man vorschlägt und dann eben in die entsprechenden Ausschüsse oder Beratungsgremien entsendet.

Elisa Lindinger (Superrr Lab [per Video zugeschaltet]): Vieles von dem, was wir gesagt haben, hat die Antwort auf die Frage von Herrn Braun von der CDU schon ein bisschen vorweggenommen. Aber noch einmal ganz konkret zu der Frage: Wo bleiben Wirtschaft und Wohlstand, wenn wir Digitalisierung als ein gesellschaftliches Thema verstehen?

Eine Gesellschaft, in der grundlegende Menschenrechte im Digitalen nicht gewahrt werden, ist meines Erachtens auch keine Wohlstandsgesellschaft. In einer Gesellschaft, die für alle funktioniert, können auch viele Menschen Wohlstand erzeugen sowie an Innovations- und Entwicklungsprozessen teilhaben, und das ist dann eine Wohlstandsgesellschaft. Insofern sehen wir diese natürlich als unterlegenes Thema, aber in einem anderen Framing.

Julia Kloiber (Superrr Lab [per Video zugeschaltet]): Wir würden die Grenzen gar nicht so ziehen. Wenn man nämlich die Grenzen zwischen Wirtschaft und sozialen Themen zöge, würde man behaupten, die Wirtschaft sei gar nicht an gesellschaftlichem Fortschritt und an sozialen Themen interessiert. Es gibt aber meines Erachtens auch viele Überschneidungen und viele Punkte, in denen man sich einig ist, und einige, in denen sich die Wirtschaft sogar mehr Regulierung erhofft.

Frank von Fraunberg (SOCIAL POINTS gemeinnützige GmbH): Herr Bolte-Richter hat angesprochen, dass zu wenig Fördermöglichkeiten für den Bereich „Social Entrepreneurship“ existieren. Wir haben 2017 mit SOCIAL POINTS begonnen und hatten umfangreiche Kontakte mit dem BMWi. Zu diesem Zeitpunkt gab es überhaupt keine Förderungen für Social Entrepreneurship. Das kann auch Frau Strauch-Leuthner in Bonn bestätigen, mit der wir sehr engen Kontakt haben und die darüber auch recht traurig ist.

In den darauffolgenden zwei Jahren, in denen wir umfangreiche Marktforschung zu dem Thema betrieben haben, hat sich in dem Bereich der Förderprogramme ausgesprochen wenig getan. Laut Thomas Jarzombek läuft die derzeitige Förderperiode 2021 aus, 2022 beginnt eine neue. Man mache sich nun erstmals überhaupt Gedanken

darüber und versuche, die Aufgabenstellung zu sichten, zu „worden“ und daraus überhaupt förderfähige Programme zu entwickeln.

Das ist natürlich sehr schade. Im Vergleich zu vielen anderen europäischen Staaten oder dem internationalen Markt kommen daher viele Potenziale, die in den Startlöchern stehen, hier überhaupt nicht zum Zuge bzw. werden viele Initiativen gar nicht erst begonnen. Ich hoffe, damit ist die Frage ausreichend beantwortet.

Herrn Matheisen fragte, was man machen kann bzw. was nicht gemacht wird, um Vereine in den digitalen Prozess mit einzubeziehen?

In den vergangenen Jahren wurden sehr viele Kleinstförderungen in Form von Gutscheinen ausgegeben – da bin ich bei Herrn Paderta. Diese temporär ausgegebenen Kleinstförderungen tragen aber nicht unbedingt dazu bei, das Wissenspotenzial der Akteure anzuheben oder die Akteure dauerhaft oder länger an den Themen zu halten. Es ist alleine in den letzten fünf Jahren wahnsinnig viel an Förderbudgetierung ausgebracht worden, die jedoch im Sande verlaufen ist.

Die Vereine haben zum Beispiel Fördergutscheine zu Erstellung einer aktuellen Webseite erhalten. Diese wurde von einem zertifizierten Unternehmen, einer Agentur, realisiert, war dann ein dreiviertel bis ein Jahr aktuell, und man konnte damit arbeiten. Danach hätte sie aktualisiert werden müssen. Es waren jedoch weder das Geld, die notwendigen Mittel noch die Manpower vorhanden, um das in den einzelnen Vereinen abzuwickeln.

Das ausgegebene Geld war somit ein Jahr lang wirksam und ist im Jahr darauf im Grunde versiegt. Somit hatten die Fördergelder wenig Wirkung und haben nicht unbedingt zur dauerhaften Beteiligung der Vereine am Prozess der Digitalisierung beigetragen.

Dringend benötigt werden einfache Tools, einfache Hilfsmittel. Am Markt gibt es einige, die aber nicht berücksichtigt werden, weil sie im Bereich des Social Entrepreneurships tätig sind. Sie würden beileibe nicht so viel Förderung oder Unterstützung benötigen, jedoch für dauerhaften Support unter anderem für die Vereine sorgen.

Des Weiteren entsteht eine Kluft, weil junge Menschen bzw. Kleinspender von Fundraisingagenturen und -organisationen nicht berücksichtigt werden. Die administrativen Kosten wären zu hoch, um diese Kleinspender zu betreuen. Auch hier gäbe es durchaus Lösungen und Möglichkeiten. Diese werden nicht ausreichend berücksichtigt, weil es keine Förderprogramme für Social Entrepreneurship gibt. Noch viel wichtiger ist: Man benötigt hier nichtpauschalisierte Einzelförderungen. Dieses breit gefächerte Feld lässt sich nur sehr schwer für solche Fördermaßnahmen pauschalisieren.

Gerade im Feld des Supports für kleine Vereine oder gemeinnützige Organisationen sind zunehmend mehr nichtdeutsche Unternehmen zu beobachten, die sich mit Plattformen oder Softwarelösungen am Markt starkmachen und somit den inländischen Unternehmen die Chance geben, den eigenen Markt zu bedienen.

Tobias Montag (Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. [per Video zugeschaltet]): Vielen Dank zunächst einmal für die freundliche Einladung, ich nehme hieran gerne teil. Ich

würde gerne auch von hinten nach vorne auf die Fragen eingehen und fange mit der komplexesten, nämlich mit der von Herrn Braun, an.

Ich finde den Begriff „digitale Zivilgesellschaft“ schon deshalb schwierig, weil nie so genau klar ist, was damit gemeint ist. Man hat das auch heute in der bisherigen Diskussion ein bisschen gemerkt.

Erstens wird von einer technischen Aufrüstung innerhalb der Zivilgesellschaft gesprochen, und zwar von der technischen Aufrüstung von Vereinen, Verbänden und Sonstigen. Man kommt sehr schnell in den „Civic Tech“-Bereich hinein oder zur Diskussion darüber, wie es mit eigenem Engagement aussieht, bzw. dem Problem der ausländischen Unternehmen, die in diesem Plattformwesen unterwegs sind.

Zweitens werden damit sehr oft spezielle Engagementformen gemeint, die es nur im Internet geben kann – wenn zum Beispiel engagierte Bürger selbst eine Plattform entwerfen oder so etwas in der Art, Crowdfunding oder sonstiges. Dies ist unglaublich vielfältig.

Drittens ist das gemeint, was man gern als „Demokratisierung der Demokratie“ bezeichnet. Hier wurde es zum Beispiel im Zusammenhang mit der Zivilgesellschaftsquote angesprochen.

Sie merken: Das alleine sind drei Bereiche. Wahrscheinlich gibt es noch mehr. Diese meinen aber eigentlich nicht immer dasselbe, und es geht manchmal auch etwas durcheinander. Meistens sollen sie mit großen staatlichen Strategien zusammengebunden werden. Dabei ist eigentlich klar: Für diese drei Bereiche muss es unterschiedliche staatliche Werkzeuge geben.

Man muss ein Stück weit abwägen, wie weit der Staat eigentlich im Verhältnis zur Zivilgesellschaft gehen darf. Mir ist das im Verlauf der Diskussion heute noch einmal bewusst geworden: Zivilgesellschaft heißt auch, dass Leute sich freiwillig engagieren. Der Staat kann eben nur ein bisschen den Rahmen setzen und ein paar Angebote machen. Er kann das Engagement aber weder direkt vorgeben und steuern, noch durch langjährige Programme aufrechterhalten. Das muss einem auch klar sein. Die Rolle des Staates im Verhältnis zur Zivilgesellschaft muss ausbalanciert sein.

All dies geht bei diesen Begrifflichkeiten durcheinander. Der eigentliche Grund, warum ich Probleme mit dem Begriff der „Digitalen Zivilgesellschaft“ habe, ist der, dass man das insgesamt vorhandene freiwillige Engagement damit künstlich in analoges und digitales teilt. Das ist natürlich Unsinn. Dazu gibt es auch diverse Forschungen, zum Beispiel den regelmäßig durchgeführten Deutschen Freiwilligensurvey.

Wir haben danach eine Engagementquote von ungefähr 40 %. Gerade einmal 2,6 % der Menschen von 14 Jahren aufwärts beschäftigen sich ausschließlich digital. Wenn man also eine spezielle staatliche Strategie auflegt, die sich nur auf diese Gruppe konzentriert, kann man sich schon fragen, warum man das macht und ob das nicht eigentlich eine extreme Minderheit ist. Das alles muss man ein bisschen abwägen und ins Gleichgewicht bringen.

Das wird aus meiner Sicht besonders problematisch, wenn man bedenkt, wie sich die Engagementquote im Verhältnis zur zunehmenden Digitalisierung entwickelt hat. Die

Überlegung, das digitale Engagement nehme zu, wenn die Gesellschaft sich immer weiter digitalisiert, ist im ersten Moment nicht verkehrt. Die empirischen Befunde – zum Beispiel der Dritte Engagementbericht oder der Freiwilligensurvey – zeigen allerdings eher das Gegenteil: Das vorhandene Engagement der Zivilgesellschaft verschiebt sich in digitale Bereiche, die Engagementquote insgesamt steigt aber nicht.

Dies muss man mit einbeziehen, wenn man überlegt, eine gesonderte Politik für eine digitale Zivilgesellschaft zu machen. Es ist doch sowieso unsinnig. Menschen sind nämlich – digital oder analog – engagiert, oder sie sind es nicht. Wir betreiben hier eine mehr oder weniger unsinnige Begriffspalterei.

Damit wäre ich bei der Frage von Herrn Tritschler. Er sprach an, dass sich nur eine kleine Gruppe digital bzw. rein digital engagierten. Das ist nach wie vor so. Bei Erhebungen wird immer wieder festgestellt, dass sich Bildung und Einkommen – das hängt meistens mit der Bildung zusammen – auswirken, und zwar auch auf die Qualität der Internetnutzung. Es wird mitunter schon als Engagement betrachtet, irgendwo einen Klick zu setzen. Das ist dann nicht allzu viel wert. Daran sieht man: Nach wie vor steigt das Engagement durch die Digitalisierung insgesamt nicht.

Ich selbst habe darüber nachgedacht, ob sich das durch Corona ändert. Ich weiß es natürlich nicht. Wahrscheinlich wissen wir es alle noch nicht. Ich habe eher den Verdacht, dass wir Verluste im Bereich des rein analogen Engagements haben, die nicht durch eine Zunahme im digitalen Bereich aufgefangen werden. Diese Sorge hört man auch in Gesprächen mit Leuten aus der Engagementszene. Ob dies am Ende so eintritt, kann ich natürlich auch nicht sagen, wir werden es dann alle sehen.

Der andere Effekt geht vielleicht darüber hinaus. Ich weiß, der zweite Bericht ist nicht Gegenstand dieser Sitzung. Ich kann es mir aber nicht verkneifen, in diesem Zusammenhang noch mal zu erwähnen, dass in Deutschland eine gewisse Differenz zwischen dem Engagementwunsch bzw. der Engagementforderung und dem tatsächlichen Verhalten besteht. Darüber muss man sich im Klaren sein.

Das kennen wir aus der politischen und aus der rein sozialen Beteiligung. Es ist in gewisser Hinsicht völlig normal und hat sehr viel mit der sozialen Erwünschtheit zu tun. Die Leute wissen natürlich: Engagement gehört in einer Demokratie mit dazu. Sie halten es für richtig und gut, haben aber letztendlich doch nicht genug Zeit, um sich ständig zu engagieren. So entsteht dieser Unterschied zwischen verschiedenen Gesellschaftsgruppen, die sich engagieren bzw. nicht engagieren.

Diejenigen die zeitreich sind und über Geld verfügen, werden sich am Ende tatsächlich aktiv beteiligen. Die anderen sagen: Ich finde es gut, mich zu beteiligen. Wir würden uns gerne beteiligen, aber wir schaffen es nicht.

Zu dieser Frage wird auch sehr oft darüber diskutiert, ob insbesondere Jugendliche durch Digitales angesprochen werden. Ich erlebe sehr oft, dass man in der Politik glaubt, man habe die Jugendlichen, die jungen Leute verloren. Um diese aufzufangen, macht man dann eine Digitalstrategie. Für diesen Ansatz liefern die bisherigen Befunde jedoch wenig Bestätigung. Schüler sind nicht über die Maße rein digital aktiv. Im Engagementbereich nehmen eher Mischformen zu – also analog und digital. Aber reines digitales Engagement ist nach wie vor extrem selten.

Ich komme zur ersten Frage von Frau Kampmann und gleichzeitig zu meiner ersten Aussage zurück, nämlich zu den Rahmenbedingungen, die der Staat setzen kann und muss. Sie haben es angesprochen, und ich hatte es in der Tat erwähnt. Der Staat muss dafür sorgen, dass auch digitale Engagementformen nicht durch Extremisten, Radikale oder sonstige Verrückte geentert werden.

Wie wirksam der Staat dabei ist, müssen Sie Ihre Kollegen im Innenausschuss fragen. Diese können Ihnen das viel besser beantworten. Ich persönlich weiß natürlich um die große Sorge davor, dass wir angesichts von Hate Speech und sonstigen Entwicklungen kaum hinterherkommen, bin aber durchaus etwas hoffnungsvoll. Der Staat hat gelernt, er reagiert. Es gibt auch zunehmend Verfahren, wie man mit solchen Dingen umgeht. Natürlich gibt es Schwierigkeiten, aber man findet letztlich Wege, damit umzugehen – so, wie das immer ist. Ich glaube, wir kriegen das staatlicherseits durchaus in den Griff. Diesbezüglich bin ich etwas optimistisch.

Jenseits dieser Sachen ist es aber sinnvoll, überhaupt mit der Engagementszene zu dieser Problematik ins Gespräch zu kommen. Wir denken sehr oft, die Engagierten – völlig egal ob digital oder analog – seien besonders demokratiefreundlich. Für sehr viele trifft das zu. Aber Sie müssen sich immer darüber im Klaren sein: Speziell beim digitalen Engagement ist es nicht immer so.

Ich nehme einmal das Beispiel der Rechtsextremisten. Die ersten, die das Internet im Bereich „Social Media“ intensiv genutzt haben, waren Rechtsextremisten. Sie haben sich darüber weltweit vernetzt. Da man sich im öffentlichen Raum nicht so gut austauschen konnte, war es für diese gut, sich im Internet zu betätigen. Damit sind sie den demokratischen Elementen voraus. Das muss ich einmal so deutlich sagen. Sie haben einen Vorteil, kennen es viel eher und wissen, wie man damit umgeht.

Darüber haben wir auch in Deutschland sehr lange nicht geredet haben. Man muss mit der Zivilgesellschaft erst einmal ins Gespräch kommen, um so etwas zu problematisieren. Dies kann dann auch sehr schnell konkret werden, wenn Vereinsmitglieder und Engagierte zum Beispiel eine Anlaufstelle brauchen, an die sie sich wenden können, wenn sie mit Hate Speech oder Sonstigem zu tun haben. Diese Angebote muss der Staat schaffen.

Vorsitzender Thorsten Schick: Das wäre es für die erste Runde der Antworten der Sachverständigen. Die Frage, ob es eine zweite Runde gibt, hat Frau Kampmann bereits vorab durch Handzeichen beantwortet. Ich werde dann auch logischerweise die Möglichkeit eröffnen, weise allerdings darauf hin, dass wir so knapp zwei Drittel der maximalen Zeit, die wir uns für heute vorgenommen haben, bereits hinter uns haben. Um 17:00 Uhr folgt die reguläre Ausschusssitzung. Aber bei pointierten Fragen und noch pointierteren Antworten haben wir noch die Gelegenheit zu einer weiteren Runde. – Frau Kampmann, bitte.

Christina Kampmann (SPD): Das werde ich natürlich berücksichtigen, Herr Vorsitzender. Aus dem Gesagten haben sich bei mir aber doch noch zwei Fragen ergeben. Ich würde die Anhörung zur „Digitalen Zivilgesellschaft“ ungern beenden, ohne dass

die Initiatorinnen der Initiative „Digitale Zivilgesellschaft“ vielleicht auch noch einmal sagen, was sie darunter verstehen.

Ich weiß nicht, wie viel Kontroverses zu dem, was Herr Montag gesagt hat, darin steckt. Aber wenn wir uns ernsthaft darüber Gedanken machen wollen, was wir politisch tun könnten oder sollten, um die digitale Zivilgesellschaft zu unterstützen, dann wäre mehr Klarheit gut. Ich kann nämlich einige Ihrer Bedenken durchaus nachvollziehen, Herr Montag, habe mich aber auch noch nicht so intensiv mit dem Thema beschäftigt. Dafür sind wir heute auch hier. Frau Lindinger und Frau Kloiber, wenn Sie dazu noch etwas sagen könnten, wäre das toll.

Außerdem haben Sie, Frau Lindinger, die Digitalstrategie der Landesregierung angesprochen, die sich für die Beteiligung an der dieser Strategie gefeiert hat. Ich sage das schon nicht wertungsfrei, aber so war es. Meines Wissens bestand die Möglichkeit, diese so zu kommentieren, wie sie im Netz stand. Außerdem konnte man sich an analogen Konferenzen beteiligen. Wie wir zwischendurch beobachtet haben, war die Beteiligung aus unserer Sicht trotzdem relativ niedrig.

Mein Eindruck war immer – aber vielleicht habe ich etwas übersehen –: Es reicht nicht, etwas ins Netz zu stellen und zu sagen: Ihr könnt euch jetzt beteiligen, schreibt doch mal irgendetwas dazu. Für eine moderne politische Partizipation, bräuhete es vermutlich mehr. Ich fände es spannend, zu hören, was aus Ihrer Sicht optimalerweise wünschenswert gewesen wäre.

Ich will keine Co-Kommentierung vornehmen, aber ich danke Frau Kloiber für die Idee eines Beirats Digitale Zivilgesellschaft. Diese finde ich auf jeden Fall spannend. Vielleicht wäre dabei auch mehr Transparenz möglich, als bei dem Beirat Digitale Wirtschaft. Mir ist immer noch nicht ganz klar, was dieser eigentlich macht.

Vorsitzender Thorsten Schick: Vielen Dank, Frau Kampmann. – Ich gehe noch einmal durch, ob sich bei weiteren Mitgliedern unseres Ausschusses noch Fragen ergeben haben. – Herr Bolte-Richter und Herr Matheisen schütteln den Kopf, Herr Braun und Herr Tritschler ebenso.

Frau Kampmann, hatte ich Sie richtig verstanden, dass sich die Fragen ausschließlich an Frau Lindinger und Frau Kloiber richten? Herr Montag war eher in kommentierender Weise miteinbezogen worden. – Dann würde ich Ihnen gerne noch einmal zur Beantwortung der Fragen – bzw. vornehmlich Anmerkungen – das Wort erteilen.

Elisa Lindinger (Superrr Lab [per Video zugeschaltet]): Ganz herzlichen Dank auch für die Nachfragen. – Wir würden ganz gerne auch kurz dazu Stellung nehmen, dass es natürlich Unterschiede zwischen der digitalen Zivilgesellschaft und dem digitalen bürgerschaftlichen Engagement gibt. Bei dem einen sind es die Inhalte, bei dem anderen sind es die Kanäle. Wir haben mit dem Netzwerk durchaus auch an Definitionen gearbeitet, die wir gerne noch einmal verteilen und rumschicken.

Digitale Zivilgesellschaft besteht ganz konkret aus sozialen Bewegungen, Initiativen und Organisationen, die zum Beispiel freien Zugang zu Technologien, Daten, Wissen aber auch zum Internet selbst bereitstellen, die Partizipation mit digitalen Mitteln

ermöglichen, die Public-Interest-Tech, also Technologien für das Gemeinwohl, entwickeln, aber auch Watchdogs sind, die kommentieren, wenn neue Technologien Auswirkungen auf die Gesellschaft haben.

Es ist schon mehr als die Nachbarschaftshilfe, die sich vielleicht in einer digitalen Austauschgruppe findet. Auch zu diesem Thema erstellen wir gerade eine Studie, die wir gerne auch an den Kollegen Herrn Montag weitergeben.

Was können und sollen wir bzw. Sie politisch tun, um tatsächlich an dieses in der Zivilgesellschaft vorhandene Potenzial heranzukommen? – Wir sehen einen Punkt, an dem es ganz oft nicht funktioniert: Zivilgesellschaftliche Organisationen, die beispielsweise freie Netze betreiben, wie zum Beispiel Freifunk, werden gerade von Verwaltungen häufig wie wirtschaftliche Organisationen gesehen, von denen dann auch erwartet wird, eine Hotline und standardmäßig einen gewissen Service bereitzustellen.

Die Innensicht aus der digitalen Zivilgesellschaft heraus – Damian Paderta hat das auch schon angeschnitten – ist aber zu einem gewissen Grad eine andere. Da ist nämlich digitale Zivilgesellschaft ganz oft Impulsgeberin. Sie steuert gerne Ideen bei und entwickelt diese auf Augenhöhe weiter. Aber letztendlich kann sie nicht zu einer wirtschaftlichen Betreiberin einer Infrastruktur oder eines Services werden. Sonst wäre es schon von vorneherein ein wirtschaftliches Unterfangen.

Wir wollen davor warnen, die Zivilgesellschaft auszubluten und immer mehr zu so einer Verwirtschafterin zu drängen. Denn das ist sie explizit nicht.

Wir wünschen uns andere Interaktionsformen, mehr Austausch auf Augenhöhe zum Beispiel in Digitalräten mit zivilgesellschaftlicher Beteiligung. Ganz viel findet auch in den Kommunen statt. Auf Landesebene können ganz viele Incentivierungen gesetzt werden, damit bürgerschaftliches digitales Engagement lokal stattfinden kann, besser gehört und auch effizienter umgesetzt und aufgegriffen wird.

Julia Kloiber (Superr Lab [per Video zugeschaltet]): Genau. Die Zivilgesellschaft ist als ein Akteur zu verstehen, der nicht nur einen Finger in die Wunde legt und genau hinsieht, sondern auch dazu beitragen kann, Visionen und Missionen für eine Digitalisierung für die Gesellschaft zu entwerfen, der also auf einer positiven konstruktiven Ebene in ganz unterschiedlichen thematischen Bereichen ganz viel beizutragen hat.

Kurz zu der Frage zu den politischen Beteiligungsprozessen. Bei Open-Data-Portalen hat man schon sehr früh gemerkt: Es reicht nicht, Daten und Informationen einfach online zur Verfügung zu stellen. Man muss sich Formate geben, auf einzelne Gruppen in der Gesellschaft zugehen und nach Feedback fragen.

In Taiwan und Barcelona, die häufig als große Vorbilder für solche Partizipationsprozesse angesehen werden, werden Themen diskutiert, die sehr nah am Alltag der Bürger und Bürgerinnen sind. Davon kann man lernen. Es geht nicht darum, auf einer Metaebene eine Strategie zu entwickeln oder etwas auszuhandeln. Man bespricht wirklich sehr direkt: Was kann die Smart City dazu beitragen, dass meine Nachbarschaft lebenswerter wird? In Taiwan gab es einen sehr guten Partizipationsprozess rund um die Frage, wie Uber im Vergleich zu Taxiunternehmen reguliert werden soll.

Diese alltagsnahen Themen beschäftigen die Leute. Sie können daran direkt anknüpfen und haben auch ein Verlangen danach, sich zu beteiligen, weil sie eben nicht auf einer akademischen Metaebene schweben. Diese Beteiligungsprozesse sind alltagsnah und so aufbereitet, dass man auch sieht: Da werden Fortschritte gemacht. Ich kann also ablesen, inwieweit sich der Input, den ich hineingebe, widerspiegelt. Wird er aufgegriffen, oder gibt es diese Beteiligung nur, damit man ein Box tickt und sagt: Den Partizipationsprozess haben wir durchgeführt.

Man muss also auch transparent machen, inwieweit Sachen von der Politik aufgegriffen werden und welche Metriken existieren. Woran lässt sich ablesen, ob wir uns in Richtung dieser Strategie bzw. in Richtung dessen bewegen, was wir uns vorgenommen haben, oder ob wir vom Weg abgekommen sind? Es geht also darum, die Missionen und Visionen noch viel klarer alltagsnah aufschlüsseln und für die Bürgerinnen und Bürger messbar zu machen, ob man auf dem richtigen Weg ist.

Dafür braucht es Vorreiter und Beispiele. Vielleicht könnte NRW in diesem Bereich so ein Vorreiter, so ein Beispiel werden.

Vorsitzender Thorsten Schick: Ich darf mich ganz herzlich bei Ihnen bedanken, die Sie uns heute Rede und Antwort standen und uns im Vorfeld Stellungnahmen haben zukommen lassen, sodass wir überhaupt in der Lage waren, die entsprechende Diskussion so detailliert und fachkundig zu führen.

Das Protokoll der Veranstaltung wird wie immer mit Hochdruck erstellt. Wir haben die Auswertung am 10. März. Rechtzeitig vorher wird das Protokoll vorliegen.

Damit darf ich mich bei Ihnen und ganz besonders bei Herrn von Fraunberg bedanken, der uns heute hier im Landtag für Fragen zu Verfügung stand, und Ihnen weiterhin Gesundheit wünschen. Damit ist die Sitzung geschlossen.

gez. Thorsten Schick
Vorsitzender

Anlage

15.02.2022/18.02.2022

10

Anhörung von Sachverständigen
des Ausschusses für Digitalisierung und Innovation

"Digitale Zivilgesellschaft" in NRW
Vorlage 17/5888

am Donnerstag, dem 20. Januar 2022
15.30 bis 17.00 Uhr, Raum E 3 D 01, **Livestream**

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Tobias Montag Konrad Adenauer Stiftung e. V. Berlin	Tobias Montag <i>per Video zugeschaltet</i>	17/4670
Frank von Fraunberg Social Points gemeinnützige GmbH Düsseldorf	Frank von Fraunberg	17/4770
Superrr Lab Berlin	Elisa Lindinger <i>per Video zugeschaltet</i> Julia Kloiber <i>per Video zugeschaltet</i>	17/4754
Damian Paderta Offene Kommunen.NRW Institut e.V. Wuppertal	Damian Paderta <i>per Video zugeschaltet</i>	./.
